



19.492

Parlamentarische Initiative

Fiala Doris.

Milizsystem unter Druck.

Tragfähige Lösungen finden

Initiative parlementaire

Fiala Doris.

Système de milice sous pression.

Trouver des solutions viables

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.06.21 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Kälin, Flach, Funciello, Glättli, Gysin Greta, Marra, Marti Samira, Masshardt, Pointet, Widmer Céline)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Kälin, Flach, Funciello, Glättli, Gysin Greta, Marra, Marti Samira, Masshardt, Pointet, Widmer Céline)

Donner suite à l'initiative

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Es liegt Ihnen ein schriftlicher Bericht der Kommission vor.

Fiala Doris (RL, ZH): Das Milizsystem ist nicht nur, aber auch politisch, gerade auch heute, unter Druck – nicht nur, aber auch, weil Paare gleichberechtigter funktionieren, Familienbilder anders aussehen als zu Zeiten unserer Eltern und Grosseltern. Der Dreiklang Beruf/Karriere, Familie und noch eine politische Laufbahn, das ist oft fast nicht unter einen Hut zu bringen.

Wollen wir im Milizsystem Menschen aus allen Berufsfeldern finden, die sich für Politik interessieren, sollten wir versuchen umzudenken. Nicht nur Parteipräsidien auf allen Stufen sind schwer zu besetzen, auch Parlamentsarbeit auf allen Stufen wird in diesem Sinne immer anspruchsvoller.

Der Kanton Wallis macht vor, wie ein Stellvertretersystem funktionieren könnte. Ein Stellvertretersystem habe ich auch im Europarat in Strassburg kennen und schätzen gelernt. Es fördert das Milizsystem ganz eindeutig. Es würde junge Politiker motivieren und fördern, neue Familienbilder stärken, uns Frauen gerechter werden und genauso auch junge Väter motivieren, für ein politisches Amt zu kandidieren und zu versuchen, alles irgendwie unter einen Hut zu bringen.

Voraussetzung wäre selbstverständlich eine von der Stimmbevölkerung zu wählende Stellvertreterliste. Mit einem Augenzwinkern sage ich Ihnen, was wir der Bevölkerung in Zürich und anderswo nicht schon alles zur Wahl gestellt haben: junge Listen, reine Frauenlisten, Seniorenlisten, ja sogar eine Liste für Hundeliebhaber usw. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das mit dem Stellvertretersystem selbstverständlich nicht gemeint. Milizsystem retten, moderne Familienbilder stärken, politisches Interesse lebbarer machen – den Dreiklang ermöglichen: Beruf, Familie, Politik stärken.



Gerade in den Kommissionen sind wir oft froh um Stellvertreter, auch wenn es anders funktioniert als im reinen Stellvertretersystem, das uns der Kanton Wallis vorzeigt.

Ich danke Ihnen allen als eine, die den Dreiklang mit drei Kindern gelebt hat, aber verhältnismässig spät, nämlich erst mit knapp 40 Jahren, in die Politik eingestiegen ist. Sie und ich wissen um den Kraftakt, der uns oft erwartet. Nicht alle kommen aus einem Nachbarkanton, viele könnten nie am Abend zur Familie nachhause gehen, weil sie aus Graubünden, dem Tessin oder anderswo herkommen, was es ganz einfach unmöglich macht. Sie alle wissen auch, was es bedeutet, wenn man mehr als einer, wenn man zwei oder zum Teil sogar drei Kommissionen angehört; die Ständeräte wissen am besten, wie hart das sein kann.

Oft finde ich und muss manchmal auch ein bisschen darüber schmunzeln, dass wir nicht immer ganz ehrlich sind, wenn wir vom Milizsystem sprechen. Würden wir nämlich in die eigenen Reihen schauen, wären wir erstaunt darüber, wie viele Beruf, Politik und Familie überhaupt noch unter einen Hut bringen und wie oft das eben nicht möglich ist.

Sie und ich wissen um diesen Kraftakt. Das Stellvertretersystem könnte helfen. Es rettet vielleicht nicht alles im Milizsystem, ich denke aber, es wäre einen Gedanken wert.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Kollegin Fiala, Sie wollen offenbar den Staat massiv aufblasen und tun so, als ob es nicht immer mehr Leute gäbe, die sich für den Nationalrat interessieren. Da warten ja ganze Kolonnen darauf, dass jemand von uns zurücktritt. Die Frage: Welche Kosten, denken Sie, wird Ihr System verursachen, und wie stark wird es den Apparat aufblasen?

Fiala Doris (RL, ZH): Ich danke Ihnen für diese wichtige Frage. Es tut mir leid, wenn ich mich zu wenig klar ausgedrückt habe.

Der Stellvertreter würde nur in Aktion treten, wenn Sie verhindert wären. Sie würden dann das Sitzungsgeld nicht erhalten, sondern der Stellvertreter. Aus meiner Sicht müsste der Bundesrat diese Berechnung anstellen. Ich glaube aber ehrlich gesagt nicht, dass es den Apparat derart aufblasen würde. Ich denke, es wäre eine echte Chance.

Kälin Irène (G, AG): Gemäss Artikel 10 des Parlamentsgesetzes sind wir verpflichtet, an den Sitzungen des Nationalratsplenums und unserer Kommissionen teilzunehmen. In den Kommissionen können wir uns durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vertreten lassen. Fehlen wir aber in den Plenumsverhandlungen unseres Rates, bleibt unser Stuhl leer und unsere Stimme verfällt.

Die Stimmbevölkerung erwartet zu Recht von uns, dass wir unsere Arbeit als Nationalrätin oder Nationalrat gewissenhaft und möglichst ohne Absenzen ausführen und wahrnehmen. Es ist eine Ehre, seinem Land zu dienen und die Bevölkerung vertreten zu dürfen. Trotzdem gibt es Momente im Leben, in welchen Absenzen nicht nur sinnvoll, sondern gar

AB 2021 N 1314 / BO 2021 N 1314

unausweichlich sind. Im Falle der Geburt eines Kindes ist eine längere Absenz aus rechtlichen und praktischen Gründen oft nicht zu vermeiden. Auch bei längerer oder schwerer Krankheit ist eine längere Absenz die einzige Möglichkeit, wenn man nicht einen Amtsrücktritt in Erwägung zieht.

Eine Stellvertreterlösung würde hier Abhilfe schaffen und das Milizsystem stärken, denn die Initiantin hat mehr als recht, wenn sie diagnostiziert, dass das Milizsystem unter Druck ist. Es ist nicht nur in den soeben erwähnten Extremsituationen unter Druck: Es braucht keine Elternschaft und keine schwere Erkrankung, um selber an den Anschlag zu kommen. Beruf, Familie und Politik sind heute schlecht vereinbar, und wir sind gut beraten, wenn wir nach Lösungen suchen, um die Vereinbarkeit zu stärken.

Eine solche Lösung wäre ein Stellvertretersystem. Es macht uns alle etwas weniger unersetzlich und gewährleistet, dass wir selber ein wenig Entlastung in Anspruch nehmen können, wenn der Dreiklang Familie, Beruf und Politik es erfordert. Es garantiert zugleich, dass unsere Stimme nicht entfällt, wenn wir z. B. länger das Bett hüten müssen, eine wichtige berufliche Verpflichtung haben oder Familienanliegen den Vorzug geben müssen oder wollen. Damit leistet diese parlamentarische Initiative einen Beitrag, um das Milizsystem in die Realität zu überführen, denn unser Milizparlament existiert heute für viele von uns nur noch auf dem Papier. Viele von uns kriegen den Dreiklang Familie, Beruf und Politik nicht mehr hin; ich persönlich komme zeitweise bereits mit dem Spagat Familie und Politik in Vereinbarkeitsengpässe. Es braucht Lösungen, und eine solche Lösung wäre die Einführung eines Stellvertretersystems, wie von dieser parlamentarischen Initiative gefordert: eine Lösung, die in mehreren Kantonen gilt und gelebt wird und die – wie uns selbst Herr Addor berichtet, der persönlich aus einem Kanton kommt, dem Wallis, der ein solches System kennt – sehr gut funktioniert, eine



Lösung also, die auf kantonaler Ebene bereits den Beweis ihrer Praxistauglichkeit erbracht hat, auch wenn die Minderheit durchaus anerkennt, dass es noch offene Fragen gibt, wenn es auf nationaler Ebene zur Einführung eines Stellvertretersystems kommen sollte.

Deshalb lade ich Sie namens der Minderheit ein: Geben wir heute dieser parlamentarischen Initiative eine Chance auf eine zweite Runde, beginnen wir die Fragen zu klären, und beginnen wir endlich damit, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik zu verbessern und unser Milizsystem an die Lebensrealitäten von uns allen anzupassen.

Streiff-Feller Marianne (M-E, BE), für die Kommission: Am 27. September 2019 hat unsere Kollegin Doris Fiala unter dem Titel "Milizsystem unter Druck. Tragfähige Lösungen finden" eine parlamentarische Initiative eingereicht. Die Initiative verlangt, dass die verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, die für die Einführung eines Suppleantensystems im Nationalrat notwendig sind. Dabei soll das Suppleantensystem des Grossen Rates des Kantons Wallis als Vorbild dienen.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat diese parlamentarische Initiative an ihrer Sitzung vom 18. Februar 2021 vorgeprüft und empfiehlt sie Ihnen mit 13 zu 11 Stimmen zur Ablehnung.

Die Kommissionsmehrheit verhehlt nicht, dass in unserem Parlament tatsächlich problematische Situationen und Abläufe existent sind; dies vor allem wegen der Arbeitsbelastung, die manchmal fast zur Überlastung werden kann. Eine Herausforderung ist auch die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Politik oder Vaterschaft und Politik. Eine Lösung für den Spagat zwischen Beruf, Politik und Familie müsste gefunden werden, wie das die Minderheit zu Recht fordert. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Ansicht, dass ein Suppleantensystem nicht die Lösung sein kann, und zwar aus folgenden Gründen:

Das Nationalratsmandat ist nach wie vor sehr attraktiv. Das sieht man auch immer an der Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die dieses Amt ausüben möchten. Das Problem der Arbeitsbelastung würde mit der parlamentarischen Initiative nicht gelöst. Die Parlamentstätigkeit besteht nicht nur in der Teilnahme an Sitzungen, sondern auch in deren Vorbereitung, welche oft zeitintensiver ist.

In den Kommissionen kann sich ein Ratsmitglied nur einbringen, wenn es sich über die Geschäfte permanent auf dem Laufenden hält, und zwar unabhängig davon, ob es an der Sitzung teilnimmt oder ob es sich vertreten lässt. Das würde bedeuten, dass auch die Suppleantinnen und Suppleanten permanent über die Geschäfte informiert sein müssten, damit sie die Vertretung auch wirklich übernehmen könnten. Sie zu briefen, wäre aber eine beachtliche Mehrbelastung für uns alle.

Die Aussicht der Suppleantinnen und Suppleanten, nur bei längerer Krankheit oder Mutterschaft zum Einsatz zu kommen, wäre wohl nicht sehr motivierend. Dadurch könnte Druck auf die Ratsmitglieder entstehen, sich doch auch sonst mal vertreten zu lassen.

Ein System gewählter Suppleantinnen und Suppleanten birgt auch die Gefahr, die Repräsentativität des Parlamentes zu verringern und die politische Verantwortung zu verwässern. Wir hätten faktisch eine Verdoppelung der Volksvertreterinnen und -vertreter hier im Saal. Der Parlamentsbetrieb würde in der Folge noch schwerfälliger, weil wahrscheinlich auch Vorstösse der Suppleantinnen und Suppleanten behandelt werden müssten.

Die Mehrheit Ihrer Kommission erachtet es zudem als problematisch, ein Suppleantensystem nur im Nationalrat einzuführen und den Ständerat aussen vor zu lassen.

Aus diesen Gründen kam die Mehrheit Ihrer Kommission zum Schluss, dass die vorliegende parlamentarische Initiative das Problem nicht löst. Die Ratsmitglieder brauchen nicht Stellvertreterinnen und Stellvertreter, sondern wirksame Unterstützung, und dafür ist ein Suppleantensystem kein wirksames Mittel.

Die Kommissionsminderheit findet zwar, es wäre eine gute Alternative zur vollständigen Professionalisierung des Parlamentsmandats. Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie aber, der parlamentarischen Initiative Fiala keine Folge zu geben.

Addor Jean-Luc (V, VS), pour la commission: Cette initiative parlementaire vise donc, en s'inspirant du système valaisan, à créer les bases légales et constitutionnelles nécessaires pour mettre en place un système de suppléance, mais seulement pour notre conseil. Avec quelques collègues ici – je crois que nous sommes cinq anciens députés et chefs de groupe au Grand Conseil valaisans qui siégeons dans ce Parlement –, nous pouvons en parler, mais nous ne sommes pas forcément tous du même avis.

Pour la minorité de la commission, il s'agit de mettre en avant la problématique de la conciliation entre vie familiale, professionnelle et politique. L'auteure de l'initiative, avec la minorité de la commission, y voit une occasion de renforcer le système de milice. La minorité voit aussi dans cette proposition le moyen de garantir une meilleure représentation, au sein de ce Parlement, des jeunes et des femmes, ainsi qu'une occasion de garantir le remplacement des femmes en cas de maternité, ou de tout le monde en cas de maladie. Et puis



elle inscrit cette proposition dans la ligne de ce qui se fait dans les cantons. On a parlé du Valais, mais il y a aussi les Grisons et le Jura qui ont adopté ce système, d'une manière un peu différente.

La majorité de la commission, de son côté, doute de l'argument tactique mis en avant par l'auteur de l'initiative, qui consiste à espérer que si notre conseil ouvre la voie, le Conseil des Etats, qui passera pour être un peu plus sceptique à l'égard de ce genre de proposition, passera par une sorte de chemin de Damas et sera convaincu à son tour de l'opportunité de suivre cette proposition. Pour la majorité de la commission, c'est quand même un peu problématique, et la majorité se pose la question de savoir si les conseillers aux Etats sont plus délicats que nous. Elle se demande pourquoi, dans l'hypothèse où on doit admettre que le système est bon pour notre conseil, il ne le serait pas pour le Conseil des Etats également.

Y a-t-il pénurie de candidats au Conseil national? La réalité du terrain montre que c'est l'inverse qui est vrai. Il y a plutôt

AB 2021 N 1315 / BO 2021 N 1315

pléthore de candidats à notre sens. Dans tous les cantons, on se bat pour être candidat au Conseil national, plutôt que les partis doivent se mettre en quatre pour trouver des candidats. Est-ce que du simple fait qu'il existe des suppléants, on doit constater qu'il y a plus de jeunes et de femmes sur les listes? Plus de femmes, c'est possible. Plus de jeunes, ce n'est pas forcément frappant. Mais surtout, la raison pour laquelle il y a plus de femmes, et parfois plus de jeunes, s'explique, de l'avis de la majorité, par l'évolution de notre société. Pour la majorité, il y a une différence fondamentale, et c'est un critère important, dans l'intensité de l'engagement entre un parlement cantonal et notre Parlement. Siéger dans notre conseil – je pense que nous sommes tous bien placés pour le savoir –, c'est presque un métier, c'est une activité à mi-temps, parfois même plus, en fonction du nombre de commissions. Il y a des exigences bien plus intenses en matière de suivi du travail parlementaire, du suivi du travail en commission. La majorité craint également que l'augmentation du nombre d'élus par le mécanisme des suppléants ait pour effet d'alourdir le fonctionnement de notre Parlement, par exemple avec le risque de multiplier par deux le nombre d'interventions.

Le problème du Parlement de milice, de l'avis de la majorité, est moins lié à la disponibilité des élus qu'à la position des parlementaires que nous sommes, parlementaires de milice, face à l'administration fédérale, avec parfois le risque d'un déséquilibre entre des professionnels qui font cela toute la journée et les miliciens que nous sommes. La solution pour la majorité doit être recherchée non pas dans ce système de suppléants, mais plutôt dans le renforcement de l'appui au travail des parlementaires, que ce soit par le biais des Services du Parlement, au sein des partis, ou de la modification du régime ou des possibilités que nous avons de nous faire assister de collaborateurs parlementaires.

Voilà pourquoi, par 13 voix contre 11, la commission vous propose de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Mehrheit der Kommission beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Kälin beantragt, ihr Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.492/23275)

Für Folgegeben ... 87 Stimmen

Dagegen ... 96 Stimmen

(5 Enthaltungen)